

Satzung des LV Hessen

verabschiedet auf dem Landesparteitag am 02.12.2018

Abschnitt A: Allgemein

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Der Landesverband führt den Namen Partei der Humanisten Hessen. Die Kurzbezeichnung lautet Die Humanisten Hessen. Die untergeordneten Gebietsverbände (siehe § 8) führen den Namen Partei der Humanisten mit dem nachfolgenden Zusatz des jeweiligen Gebietsnamens.
- (2) Der Sitz des Landesverbandes ist Frankfurt am Main.
- (3) Das Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes ist das Bundesland Hessen.

§ 2 Aufgaben und Grundsätze

Es gilt § 2 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

Abschnitt B: Mitgliedschaft

§ 3 Voraussetzungen der Mitgliedschaft

Es gilt § 3 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung

§ 4 Beginn der Mitgliedschaft

Es gilt § 4 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Es gilt § 5 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

§ 6 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder

Es gilt § 6 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung

§ 7 Ende der Mitgliedschaft

Es gilt § 7 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

Abschnitt C: Gliederung

§ 8 Gebietsverbände

- (1) Eine weitere Untergliederung des Landesverbandes in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände, die deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Regierungsbezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden in Hessen sind, ist möglich. Ebenso ist ein Zusammenschluss zweier oder mehrerer benachbarter Untergliederungen der gleichen Ebene zu einem Untergliederungsverband möglich, wenn keine politischen Grenzen der gegründeten, übergeordneten Gliederungen verletzt werden. Die Bildung neuer Gebietsverbände bedarf der Zustimmung des jeweils nächst höheren Gebietsverbandes und des Landesverbandes
- (2) Es gelten die Absätze 2 bis 4 des § 8 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

§ 9 entfällt

§ 10 Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände

Es gilt § 10 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

Abschnitt D: Organe

§ 11 Aufbau

- (1) Organe im Sinne des Parteiengesetzes sind der Landesparteitag, der Landesvorstand und das Landesschiedsgericht.

§ 12 Der Landesparteitag

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes und findet als Mitgliederversammlung statt. Er tritt ordentlich einmal je Kalenderjahr, jedoch spätestens 16 Monate nach dem letzten ordentlichen Landesparteitag zusammen.
- (2) Der ordentliche Landesparteitag erfüllt regelmäßig folgende Aufgaben nach dieser Priorität: Entgegennahme des Tätigkeitsberichts und des Rechenschaftsberichts des Landesvorstands und des Landesschatzmeisters für das vergangene Jahr und Entlastung des Landesvorstands, Neuwahl des gesamten Landesvorstands und des gesamten Landesschiedsgerichts, Neuwahl der Kassenprüfer, Änderung der Landessatzung und Änderung oder Beschluss weiterer Programme. Zudem kann er bei Bedarf Parteiordnungsverfahren behandeln, über die Verschmelzung mit anderen Landesverbänden bestimmen und den Landesverband auflösen.

- (3) Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand einberufen, der über Ort und Termin entscheidet. Er lädt alle Mitglieder spätestens zwei Monate vor dem Termin per E-Mail ein und gibt dabei die vorläufige Tagesordnung, den Tagungsort, den Tagungsbeginn und das voraussichtliche Tagungsende an. Als Einladungstermin gilt hierbei das Absendedatum der Benachrichtigung. Die Einladung muss die Mitglieder darüber informieren, wie und wo sie aktuelle Anträge einsehen und eigene Anträge einreichen können. In Ausnahmefällen, die vorab schriftlich vereinbart werden müssen, können einzelne Mitglieder per Brief eingeladen werden. Spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die genaue Adresse des Veranstaltungsortes und alle bis dahin beim Landesvorstand eingereichten Anträge in Textform zu veröffentlichen und den Mitgliedern zu senden.
- (4) Außerordentliche Landesparteitage werden vom Landesvorstand einberufen, wenn die einfache Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstands oder ein Viertel der stimmberechtigten Parteimitglieder dies beschließen oder der Landesvorstand handlungsunfähig ist. Der Antrag oder Beschluss ist mit einer Begründung und einer vorläufigen Tagesordnung zu verfassen. Die Einberufung erfolgt innerhalb von zwei Wochen mit einer Frist von einem Monat, falls die Antragsteller keine längere Frist gewähren. Ein Organ kann vollständig neu gewählt werden, wenn das von einer Dreiviertel-Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Organs oder der stimmberechtigten, anwesenden Teilnehmer des Landesparteitags beschlossen wird.
- (5) Anträge für den Landesparteitag sind in Textform mit kurzer Begründung spätestens einen Monat vor dem Landesparteitag beim Landesvorstand einzureichen und werden spätestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages vorab online veröffentlicht. Die jeweilige Versammlungsleitung kann inhaltlich weitgehend übereinstimmende Anträge zusammenfassen, ergänzen und/oder bündeln, und so zur Abstimmung stellen. Kurzfristige (Initiativ-) Anträge können durch Beschluss der Versammlungsleitung in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Anträge werden entsprechend den Aufgaben des Landesparteitags nach folgender Priorität behandelt: Anträge des Landesvorstands, Anträge der Bundesvorstände, Anträge der anerkannten Untergruppierungen und Anträge der Parteimitglieder. Die Antragsteller können ihre Anträge persönlich vorstellen.
- (6) Der Landesparteitag tagt öffentlich. Jedes Parteimitglied des Landesverbandes kann daran teilnehmen, wenn es sich als Mitglied ausweist. Jedes Parteimitglied des Landesverbandes hat Rederecht, sofern der Landesparteitag nicht anders beschließt. Gäste können nach Zustimmung des Landesvorstands von Parteimitgliedern eingeladen werden und haben auf Beschluss des Landesparteitags Rederecht.

- (7) Der Landesparteitag wird vom Landesvorsitzenden oder einem Stellvertreter eröffnet. Der Landesparteitag gibt sich zu Beginn eine Tagesordnung, eine Geschäftsordnung und vor Wahlen eine Wahlordnung. Er kann die Geschäftsordnung und Wahlordnung des letzten Landes- oder Bundesparteitags annehmen und beschließen. Änderungsanträge können vom Landesparteitag zugelassen werden. Der Landesparteitag wählt zu Beginn eine Versammlungsleitung und bei Wahlen eine unabhängige Wahlleitung sowie die entsprechenden Protokollanten, die damit nicht gleichzeitig für andere Posten kandidieren können.
- (8) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand und das Landesschiedsgericht in gleicher, geheimer und direkter Wahl. Wo nicht anders geregelt, werden alle Entscheidungen des Landesparteitags mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Das Stimmrecht kann von Mitgliedern nur persönlich wahrgenommen werden. Der Landesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienen Mitglieder beschlussfähig.
- (9) Über den Landesparteitag und die Beschlüsse wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt, das von der jeweiligen Protokollführung und der jeweiligen Versammlungsleitung unterschrieben und parteiintern veröffentlicht wird. Das Wahlprotokoll ist zusätzlich von der jeweiligen Wahlleitung und der entsprechenden Protokollführung zu unterschreiben.

§ 13 entfällt

§ 14 Landesvorstand

- (1) Der Landesvorstand besteht aus einem Landesvorsitzenden, einem Stellvertreter, einem Schatzmeister und mindesten zwei weiteren Vorstandsmitgliedern. Er wird vom Landesparteitag mindestens einmal im Kalenderjahr gewählt. Eine Erweiterung des Vorstands auf maximal acht Mitglieder kann vom Landesparteitag direkt vor der Wahl beschlossen werden. Eine Amtszeit dauert bis zum ersten ordentlichen Landesparteitag des folgenden Kalenderjahres.
- (2) Der Landesvorstand führt den Landesverband der Partei der Humanisten nach Gesetz und Satzung sowie nach den Beschlüssen der ihm übergeordneten Organe. Der Landesvorstand kann jederzeit die ihm untergeordneten Parteigliederungen und Organisationseinheiten kontrollieren, von ihnen Auskünfte anfordern und Abrechnungen verlangen und an ihren Zusammenkünften beratend teilnehmen. Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Der Landesvorstand ist dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig. Der Schatzmeister legt einen durch die Kassenprüfer vorab geprüften Rechenschaftsbericht vor. Der Landesvorsitzende legt einen politischen Tätigkeitsbericht vor. Die weiteren Vorstandsmitglieder legen auf Anfrage dem

Landesvorsitzenden jeweils einen Tätigkeitsbericht ihres eigenen Tätigkeitsbereiches vor. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, so muss es dem Landesvorsitzenden umgehend einen Tätigkeitsbericht vorlegen. Weiteres regelt die Geschäftsordnung.

- (4) Der Landesvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn er aus weniger als drei handlungsfähigen Mitgliedern besteht oder sich selbst für nicht handlungsfähig erklärt. Die Handlungsunfähigkeit einzelner Vorstandsmitglieder kann durch das Landesschiedsgericht auf Antrag eines Landesvorstandsmitglieds festgestellt werden. Der Landesvorstand gilt ebenfalls als nicht handlungsfähig, wenn das Amt des Landesvorsitzenden oder des Schatzmeisters nicht besetzt ist und nicht durch Stellvertreter besetzt werden kann. In einem solchen Fall ist ein außerordentlicher Landesparteitag einzuberufen. Wird trotz Handlungsunfähigkeit des Landesvorstands der außerordentliche Landesparteitag nicht fristgerecht einberufen, überträgt das Landesschiedsgericht die Einberufung einem Bundesvorstand. Tritt der gesamte Landesvorstand zurück, übernimmt ein Bundesvorstandsmitglied die Geschäfte kommissarisch.

§ 15 entfällt

§ 16 Landesschiedsgericht

- (1) Die Schiedsgerichtsordnung des Bundesverbandes gilt auch für das Landesschiedsgericht. Das Landesschiedsgericht gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 17 entfällt

§ 18 Kassenprüfer

- (1) Der Landesparteitag kann bis zu zwei Kassenprüfer wählen. Die Amtszeit ist identisch mit der Amtszeit des Landesvorstands. Die Kassenprüfer müssen nicht Mitglied der Partei der Humanisten sein. Wird kein Kassenprüfer gewählt, übernimmt ein Mitglied des Bundesvorstandes diese Funktion.
- (2) Seine Aufgaben sind die Kontrolle der Finanzbuchhaltung und des Rechenschaftsberichts des Schatzmeisters. Der Kassenprüfer kann auf Antrag alle Unterlagen einsehen und Zugriff auf alle Daten der Mitgliederverwaltung und der Finanzbuchhaltung erhalten. Dabei prüft er die Einhaltung der Landessatzung, der Beschlüsse und aller einschlägigen Gesetze.
- (3) Der Kassenprüfer prüft den Rechenschaftsbericht des jeweils vergangenen Jahres und legt dem Landesparteitag einen Prüfbericht vor. Er beantragt bei ordnungsgemäßer Buchführung die Entlastung des Landesvorstands. Der Prüfbericht wird veröffentlicht. Eine vereinfachte Vorprüfung soll einmal im

Quartal stattfinden. Der interne Prüfbericht wird dem Landesvorstand und dem Landesschiedsgericht übergeben.

Abschnitt E: Organisation

§ 19 Landessatzung

- (1) Die Landessatzung besteht aus der allgemeinen Satzung und aus allen Ordnungen, die eine Mitgliederversammlung auf Landesebene für den Landesverband beschlossen und der Satzung zugeordnet hat. Änderungen der Landessatzung können mit einer Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Die Landessatzung und alle weitere Ordnungen, Richtlinien, Verfahrens- und Arbeitsanweisungen bilden das Organisationshandbuch. Jeder Gebietsverband kann eine eigene Satzung, eigene Ordnungen, Richtlinien, Verfahrens- und Arbeitsanweisungen bestimmen, die den übergeordneten Satzungen, Ordnungen, Richtlinien, Verfahrens- und Arbeitsanweisungen nicht widersprechen dürfen.
- (3) Jedes gewählte Organ muss sich selbst eine Geschäftsordnung geben, die die interne Arbeit, Organisation und Kommunikation regelt. Die Geschäftsordnung darf den übergeordneten Satzungen und Ordnungen nicht widersprechen und muss dem Landesvorstand zur Veröffentlichung bereitgestellt werden.
- (4) Nicht gewählte Organisationseinheiten oder Gruppen sind angehalten, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Die Geschäftsordnung darf den übergeordneten Satzungen und dem Organisationshandbuch nicht widersprechen und muss dem Bundes- oder Landesvorstand zur Veröffentlichung bereitgestellt werden. Die Geschäftsordnung muss vom Landesvorsitzenden genehmigt oder begründet abgelehnt werden. Sie kann ebenso von einem Organ begründet abgelehnt werden, wenn die Organisationseinheit von diesem Organ bestellt bzw. gegründet wurde oder ein Weisungsrecht besteht.

§ 20 Wahlprogramm

- (1) Das Wahlprogramm beschreibt die Zielsetzung für die nächste Wahlperiode. Es kann die Inhalte des Leitbilds, des Grundsatzprogramms oder des Parteiprogramms der Bundespartei übernehmen und wird vom Landesparteitag mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen.

§ 21 Mitgliederbefragung

Es gilt § 21 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

§ 22 Aufstellung für Wahlen

- (1) Zur Wahl der Kandidaten der Landesliste der Partei der Humanisten für die Teilnahme an einer Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag und dem hessischen Landtag findet eine gesonderte Landeswahlversammlung statt. Die Bestimmungen der Bundes- und Landessatzung sowie des Landes- bzw. Bundeswahlrechts sind zu befolgen.
- (2) Die Landeswahlversammlung wird durch den Landesvorstand mit einer Frist von mindestens 7 Tagen einberufen. Dabei sind Ort, Datum und Zeit der Tagung zu benennen. Die Landeswahlversammlung ist bei fristgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienen beschlussfähig.
- (3) Die Landeswahlversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Versammlungsleiter, einen Wahlleiter und einen Protokollanten und gibt sich eine Wahlordnung.
- (4) Über die Beschlüsse wird ein Protokoll gefertigt und von dem Versammlungsleiter, dem Wahlleiter sowie dem Protokollanten unterzeichnet und parteiintern veröffentlicht.

§ 23 Parteigruppen

Es gilt § 23 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

§ 24 Finanzordnung

- (1) Für den Landesverband gilt übergeordnet die Finanzordnung der Bundespartei in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Der Landesverband unterhält ein eigenes Konto.
- (3) Die Mitgliedsbeiträge werden vom Bundesverband eingezogen.
- (4) Der Schatzmeister leitet die Erstellung des Haushaltsplans. Der Landesvorstand beschließt den Haushaltsplan für das kommende Jahr und kann diesen auf Beschluss ändern.
- (5) Die staatliche Parteienfinanzierung wird – soweit die Finanzordnung der Bundespartei dies gestattet – vom Schatzmeister beantragt, ansonsten von der in der Bundespartei zuständigen Stelle.

§ 25 Verwaltung

- (1) Die Verwaltung umfasst alle Organisationseinheiten, Ämter und Aufgaben außerhalb der gewählten Organe oder der politischen Willensbildung dienenden Funktionen und Ämter. Einige Verwaltungstätigkeiten werden vom Bundesverband übernommen und verantwortet, z.B. das Management der Infrastruktur, der Kommunikationsmedien, der Informationstechnologien und der Mitgliederdaten. Die Landes-Verwaltung wird durch den Landesvorstand strukturiert, besetzt und geleitet.

§ 26 Haupt- und Ehrenämter

- (1) Ehrenämter sind nicht beruflich ausgeführte Tätigkeiten und Funktionen in der Partei der Humanisten. Wo nicht anders definiert, werden alle Aufgaben ehrenamtlich erfüllt. Aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen keine Ansprüche auf Vergütung oder Kostenerstattung, wenn keine gesonderte Vereinbarung besteht.
- (2) Dauerhaft vergütete hauptamtliche Tätigkeiten oder Angestelltenverhältnisse sind zulässig, wenn sie im Haushaltsplan beschlossen wurden. Sie dürfen die Partei nicht unverhältnismäßig belasten. Tätigkeiten in vom Landesparteitag gewählten Organen können nur hauptamtlich ausgeübt werden, wenn Dauer und Höhe der Vergütung zuvor Landesparteitag beschlossen wurde.
- (3) Die Partei der Humanisten hat ein ausschließliches, dauerhaftes und unentgeltliches Nutzungsrecht auf alle für die Partei oder im Auftrag der Partei der Humanisten entstandenen Ideen, Erfindungen, Texte, Bilder oder andere Produkte und Leistungen. Erstellte Produkte gehen in das Eigentum der Partei über. In begründeten Einzelfällen können abweichende Vereinbarungen getroffen werden.
- (4) Die im Rahmen einer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit erlangten Erkenntnisse, Informationen oder Daten dürfen nicht ohne Genehmigung an Dritte weitergegeben werden, wenn sie nicht aus anderen Gründen bereits öffentlich verfügbar sind.

Abschnitt F: Schlussbestimmungen

§ 27 Auflösung und Verschmelzung

- (1) Beschließt der Landesparteitag die Auflösung des Landesverbandes, so ist innerhalb von drei Monaten nach dem Beschluss eine Urabstimmung unter allen zum Zeitpunkt des Beschlusses des Landesparteitages stimmberechtigten Mitgliedern durchzuführen. Sofern sich bei der Urabstimmung ergibt, dass mehr als drei Viertel der Parteimitglieder für die Auflösung stimmen, so wird diese auf dem der Urabstimmung folgenden Landesparteitag formell durchgeführt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, wird die Auflösung nicht durchgeführt. Die Urabstimmung erfolgt mittels geheimer Briefabstimmung oder einem technischen Verfahren, das einer geheimen Briefabstimmung entspricht.
- (2) Die Verschmelzung mit einer anderen Partei oder dem Landesverband einer anderen Partei oder einer sonstigen Untergliederung ist ausgeschlossen.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Landesverbandes fällt das Vermögen sowie alle Sachwerte des Landesverbandes Hessen dem Bundesverband zu.

§ 28 Sonstige Regelungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam sein, wird dadurch nicht die Wirksamkeit dieser Satzung im Übrigen berührt.
- (2) Diese Satzung ist am 25.09.2016 in Kraft getreten. Änderungen und Neufassungen werden grundsätzlich mit ihrer Beschlussfassung wirksam.